

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Ämtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 72

Stolp, Sonnabend, den 26. März 1927

51. Jahrgang

Unsere Verkehrsmerzen.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 25. März.

Ein Gesetzentwurf über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Au den Haushaltsausschuß geht eine zweite Ergänzung zum Haushaltsplan für 1927, die neue Beamtenstellen im Bereiche der Steuerverwaltung anfordert, damit die Finanzämter ihre Arbeiten erledigen können. Es handelt sich um insgesamt 2110 Beamte.

Die zweite Lesung des Haushalts des Verkehrsministeriums wird darauf fortgesetzt.

Abg. Wenzel (Deutschn.) verweist auf die Verkehrsfrage im Osten, Ostpreußen, Pommern und die Grenzmark fühlten sich bis heute in dieser Hinsicht vernachlässigt. Große wasserländische und politische Ziele müßten hier im Vordergrund stehen. Das Gewerbe dürfe nicht durch das Verkaufswesen auf den Bahnhöfen geschädigt werden. Es scheine immer noch als ob bei Vergabungen gewisse Monopolfirmen bevorzugt würden. Der Redner empfiehlt eine Entschließung, bei der Befähigung von Bahndämmen auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Dünenweiden Rücksicht zu nehmen. Die Verschandelung der Landschaft durch Neblanzen der Reichsbahn dürfe sich das Volk nicht gefallen lassen. Die eingestürzte Garber Oberbrücke müsse bald wiederhergestellt werden.

Abg. Dietrich-Kranke (Nat.-Soz.) erklärte, von Nationalisierung könne bei der Reichsbahn nicht gesprochen werden, wenn Arbeiter und Angestellte 16 und 18 Stunden arbeiten müßten, während Hunderttausende arbeitslos herumlaufen müßten. Abg. Geel (Soz.) forderte, man solle nun endlich Ernst machen mit der Hilfe für den deutschen Rhein. Für diese große Verkehrsstraße geschehe viel zu wenig. Abg. Groß (Ztr.) wandte sich gegen die vom Abg. Mostath gegebene Anregung, das Verkehrsministerium mit dem Wirtschaftsministerium zu verschmelzen. Abg. Schmidt-Steglich (Dem.) verlangte, daß die Ueberschüsse der Reichsbahn zur Verbesserung der Personalverhältnisse oder zu Tarifermäßigungen verwendet werden.

In Beantwortung verschiedener Anfragen und Wünsche

Reichsverkehrsminister Dr. Koch

u. a. aus: Subventionen werden weder der Luft- noch der Seeschifffahrt a. s. o. per se gegeben. Steuermittel dürfen nicht Einzelunternehmungen zugute kommen, die unter Umständen „faul“ sind. Die Luftfahrt aber wird gefördert in der Weise, daß den Leistungen des Reiches Gegenleistungen der Industrie gegenüberstehen. Auch die deutsche Handelsflotte ist im Gegensatz zu anderen Ländern in wesentlichen auf sich selbst angewiesen. Wenn 1924 den Werften rückzahlbare Kredite zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegeben wurden, so hat das mit Subventionen nichts zu tun; es ist nur Kapital zu ermäßigten Zinsen zur Verjüngung gestellt worden. Das war eine vorübergehende Maßnahme, die auf dem Arbeitsmarkt segensreich gewirkt hat. Auch mich befriedigt unser heutiges Verhältnis zur Reichsbahn noch nicht, es muß dem der Bergangenheit noch mehr angeeignet werden. (Zustimmung.)

Eine ganze Reihe von Wünschen und Beschwerden werden auch von der Reichsbahn anerkannt, können aber wegen der Reparationslasten von ihr nicht berücksichtigt werden. (Hört, hört!)

Das Ziel der Reichsbahn, aus Personal und Anlagen möglichst viel herauszuholen, um die Darlehenlasten zu erfüllen, hat denn auch zur Ausnutzung des Bahngeländes durch gewerbliche Anlagen, Verkaufsstände usw. geführt. In diesem Bestreben geht die Reichsbahn vielleicht oft zu weit. Die Ausnahmetarife für die Jugend werden nicht aufgehoben. (Beifall.) Lohn- und Gehaltserhöhungen sind notwendig, aber die Reichsbahn hat keine Reserven, um sie zu beden. (Hört, hört!) Ich werde die Wünsche des Reichstags mit aller Energie vertreten, wo es notwendig und möglich ist. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Schmidt-Hannover (Deutschn.) behandelt Fragen des Luftverkehrs. Auf gegnerischer Seite sollte man doch etwas großzügiger sein gegenüber Deutschland. Rund um Deutschland gebe es 600 Fliegerstaffeln und etwa 8000 Kriegsfugzeuge. Damit sollte sich der Völkerverbund einmal beschäftigen. Der Luftfahrtschiffbau müsse im deutschen Volk noch viel mehr Geltung gewinnen. Luftfahrt tut not! Abg. Körner (Deutschn.) ersucht um Förderung des Luftschiffbaues in Kriegerhafen. Schädigungen der Landwirtschaft durch Kanäle müßten vermieden werden.

Abg. Sinn (Ztr.) begründet eine Entschließung zugunsten des Ruhr-Kohlenreviers bei Aachen und fordert eine Wasserbindung dieses Gebietes zum Rhein.

Damit schließt die Aussprache. Der Etat wird nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Eine Eingabe der Stadt Schneidemühl, in der Einspruch erhoben wird gegen die Schließung des Wassergewinnungswerkes, wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. In einer Entschließung wird die Reichsregierung ersucht, auf die Schließung von Werkstätten auf die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der betreffenden Gegenden Rücksicht genommen wird. Weiter wird die Reichsregierung ersucht, für 1927 ein einheitliches Reichsbahnbauprogramm aufzustellen.

Damit ist die zweite Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums erledigt.

Das Haus wendet sich der zweiten Beratung des Haushalts des Reichstags zu. Die Mittel für einen Erweiterungsbau sollen in den nächsten Etat eingelegt werden. Der Etat wird genehmigt.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend.

Das Ende der Polizeidebatte.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 25. März.

Der Landtag überwies heute zunächst nach kurzer Aussprache, an der sich die Abg. von Emern (D. Vpt.), Stelt (Komm.) und Hecken (Deutschn.) beteiligten, die Novelle zum preussischen Ausführungsgesetz zum Finanzausgleich an den Ausschuß. Die Novelle bringt im wesentlichen eine Verlängerung des bisherigen Zustandes.

Das Haus setzt die Aussprache zum Innentag fort. Abg. Dr. Schwering (Ztr.) hebt die Verdienste des Zentrums durch seine Beteiligung an Reichs- und Staatsregierungen zur Festigung der Republik hervor. Wilhelm der Zweite müsse weiter im Exil bleiben, denn über dem Wohl des ehemaligen Herrschers stehe das Wohl des deutschen Volkes.

Abg. von Emern (D. Vpt.) erklärt, der tiefere Grund, daß es mit der Verwaltungsreform nicht vorwärtsgehe, sei das bisherige Fehlen eines wirklichen Verwaltungsministers. Ohne die Deutsche Volkspartei brächen es die Regierungsparteien zu nichts. Die Rede Seberings sei ein einziger Schrei nach der Großen Koalition gewesen. Die jetzige Koalition habe auf dem gesetzgeberischen Gebiet abgewirtschaftet. Immer wieder würden Beamte einem politischen Examen unterworfen. Der Staatssekretär stelle Fragen nach der Partei und nach der Stellung der Beamten zur Flaggfrage. (Hört, hört! rechts.) Die Deutsche Volkspartei verbittet sich das für ihre Angehörigen. Der Redner erklärt: Selbstverständlich sind wir Republikaner. Niemand könne sich darauf berufen, daß der Ursprung der jetzigen Neuordnung nicht auf dem Boden des Rechts stehe.

Abg. Schwenk-Oberhausen (B. V.) kritisiert die Personalpolitik des Ministers. Die jetzige Koalition ver falle in denselben Fehler, der früher gemacht worden sei. Nur zu oft werde der Unerfahrene dem Tüchtigen aus parteipolitischen Gründen vorgezogen. Man dürfe bei der Rückkehr des Kaisers einem Staatsbürger nicht das Recht aberkennen, das jedem anderen zustehe.

Das Haus geht über zum zweiten Abschnitt Polizei und Landjäger. Nach kurzer Debatte vertagte das Haus die Weiterberatung auf Dienstag.

Die letzten Reserven verbraucht.

Die katastrophale Finanzlage des Reiches.

Berlin, 25. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Etats beim Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung fort.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler leitete die Beratung mit einer Rede ein. Er wies zunächst darauf hin, daß er es glaube verantworten zu können, die Einnahmen um 270 Millionen, also auf 3020 Mark zu erhöhen in Folge des zu erwartenden höheren Ertrages der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Die Hauptaufgaben, die den Etat belasten werden, seien die Ausgaben für die Erwerbslosen und Kriegsfürsorge. Trete bis zum 1. Oktober das Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht in Wirksamkeit, so sei es unersinnlich, wie die Reichskasse die weitere Belastung tragen solle. Allein die weitere Tragung der Kosten durch das Reich bis zum 1. Oktober bedeute eine Belastung von 875 Millionen. Hinzu kommen die Erhöhung des Wohnungsgeldes für die Beamten, die Erhöhung der Leistungen der Invalidenversicherung, die Kleinrentner-Unterstützung, der Fonds für den Abschluß der Unterstüßungen aus Anlaß des Ruhreinfalles, der Grenzfonds, zusammen ein Betrag von 478 Millionen Mark, ohne daß unmittelbare Deduktion dafür vorhanden wäre. Eine Erhöhung der Steuern könne unter keinen Umständen in Betracht kommen. Eine Höher-schätzung der Einnahmen über das bereits Zugestandene hinaus sei nicht zu verantworten. Daher bleibe nichts übrig, als eine Drosselung der Ausgaben. Durch Abstriche sollen etwa 60 Millionen eingespart werden. Weiter soll der voraussichtliche Ueberschuß des Jahres 1926 in Höhe von 220 Millionen Mark mitverwendet werden. Schließlich erklärte sich der Mi-

nister bereit, auch die letzte Reserve, den Betriebsmittelfonds, in Höhe von 190 Millionen Mark heranzuziehen. Der Betriebsmittelfonds für 1927 werde mit fremdem Gelde beschafft werden müssen. Der Minister betont, daß mit seinem jetzigen Vorschlage alle Ueberschüsse des Haushalts aufgebraucht und die Reserven bis zur äußersten Grenze eingestellt seien. Auch von stillen Reserven könne keine Rede mehr sein. Der Minister führte im einzelnen an, welche Ueberschüsse und Reserven im Jahre 1926 mitverbraucht worden seien. Als letztes blieben nur noch die im Besitz der Reichsbahn befindlichen Vorzugsaktien der Reichsbahn, die aber nicht erworben seien, um sie zu mobilisieren. Er hoffe, daß die Diskussion der letzten Wochen über Reserven und Ueberschüsse damit erledigt sei. Unsere gesamte Volkswirtschaft, so erklärte der Minister mit besonderer Betonung, bedürfe der äußersten Aufmerksamkeit und vorzüglichsten Beobachtung, zumal einige große Posten bisher gar nicht berücksichtigt worden seien, so die unbedingt notwendige Verbesserung der Bezüge der Beamten und der Kriegsschädigten. Die Regierung sei entschlossen, diese Frage noch im Jahre 1927 zur Entscheidung zu bringen. Der Minister kündigte an, daß er beim Etat für 1928 eine durchaus klare Scheidung der Kompetenzen zwischen Reich und Ländern durchführen werde. Es sei recht unangenehm, daß sich die Beziehungen zwischen Reich und Ländern nicht erschöpften in Steuerüberweisungen, sondern auch in verschiedenen Staatspositionen noch Subventionierungen über Reichsfinanzen zu den verschiedensten Zwecken statänden. Den Aufwand des außerordentlichen Etats sei er entschlossen, durch Anleihen zu decken. Es stehe noch ein Restbetrag von 400 Millionen aus 1926 und ein Bedarf für 1927 von 500 Millionen, sodaß etwa ein Milliarden durch Anleihen zu decken sei. Unter diesen Umständen müßten auch außerordentliche Staatskürzungen vorgenommen werden.

Zum Arbeitszeitnotgesetz.

Berlin, 25. März. Wie wir erfahren, ist der Entwurf des neuen Arbeitszeitnotgesetzes gegenwärtig bereits auf der Grundlage des kürzlich zwischen den Regierungsparteien abgeschlossenen Kompromisses umgearbeitet worden. Der Entwurf dürfte am nächsten Mittwoch vor den Reichsrat kommen und voraussichtlich vor Beginn der Osterferien auch vom Reichstag verabschiedet werden. Ueber die Bedeutung einzelner auf das Kompromiß zurückzuführenden wichtigen Änderungen der bisherigen Arbeitszeitgesetzgebung wird vom Reichsarbeitsministerium noch folgendes mitgeteilt:

Der Lohnzuschlag für die Mehrarbeit soll nicht mehr wie im früheren Entwurf, nur bei behördlich genehmigter Mehrarbeit gewährt werden, sondern bei jeder Mehrarbeit, vor allem bei der tarifvertraglich vereinbarten. Auch der Kreis der Arbeitnehmer, denen der Zuschlag zugute kommen soll, ist erheblich, nämlich auch auf die Angestellten, ausgedehnt worden. Lediglich Angestellte in leitender Stellung und solche mit einem Jahresgehalt von 6000 Mark sind ausgeschlossen. Die Vergütung soll bekanntlich in einem Lohnzuschlag von 25 Prozent bestehen, kann jedoch, wenn die Beteiligten etwas anderes vereinbaren, auch geringer bemessen werden. Der freien Vereinbarung ist es auch vorbehalten, die Vergütung in einer anderen Form als in der eines Lohnzuschlages pro Stunde zu gewähren, z. B. in Form einer Pauschalvergütung, eine Regelung, die namentlich bei den Angestellten vorzuziehen sein wird.

Von besonderer Bedeutung für die Landwirtschaft ist die Bestimmung, wonach bei Saisonarbeitern von einer zuschlagspflichtigen Mehrarbeit nicht gesprochen werden kann. Wenn z. B. für die stille Zeit in landwirtschaftlichen Betrieben eine kürzere Arbeitszeit als 8 Stunden vereinbart wird, die geltenden Arbeiter aber in der Saison längere Arbeitszeit haben, liegt ein Anlaß zur Gewährung des Lohnzuschlages nicht vor.

Die Regierung hat es weiter für unerlässlich angesehen, gewisse geringfügige Ueberschreitungen der Arbeitszeit, die bisher auch ohne gesetzliche Vorschriften stets stattgefunden haben, nunmehr ausdrücklich zuzulassen. Hierher gehört die Anordnung des Paragr. 8, bezüglich der sogenannten „Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten“. Das Bedürfnis, in besonders gelagerten Fällen Vor- oder Nacharbeit auch über 10 Stunden ausnahmsweise zu gestatten, wird von der Regierung als unabweisbar angesehen. Es würde daher eine unnötige und kaum erträgliche Belastung der Unternehmer und Aufsichtsbehörden sein, wenn man jeden derartigen Fall von einer Genehmigung abhängig machen wollte.

Bombardement von Nanking.

Ein Ultimatum.

In Nanking ist die Lage äußerst kritisch. Nach Meldungen aus Schanghai hat an Bord des britischen Kreuzers „Emerald“, der vor Nanking liegt, eine Konferenz britischer und amerikanischer Vertreter stattgefunden, um Maßnahmen für den Schutz der Fremden in Nanking zu treffen. Es wurden folgende ultimative Forderungen an die chinesischen Behörden gerichtet:

Die Verwendung der Mietsserhöhung. Laut „Germania“ ist in Preußen zwischen den Regierungsparteien über die Verwendung der Mietsserhöhung um 10 Prozent eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach die Mietssteuer nur bei den Häusern, die vor dem Kriege mit mehr als 45 Prozent ihres Wertes hypothekarisch belastet waren, um 2-8 Prozent erhöht wird. Auf diese Weise wird aus der Mietsserhöhung am 1. April ein Betrag von mindestens 120 Millionen Mark im Jahr für die öffentliche Hand sichergestellt. Von dem Mehrertrag der Hauszinstener sollen fünf Sechstel für den Wohnungsbau verwendet werden, während ein Sechstel den Gemeinden überwiesen werden soll.

Bekämpfung des Glücksspiels. In den letzten Jahren sind in zahlreichen Städten und Gemeinden, besonders in Bade- und Kurorten, von gewerbmäßigen Unternehmern Betriebe eröffnet worden, die angeblich nur die Förderung von Gesellschafts- und Geschicklichkeitspielen bezwecken, in Wirklichkeit aber nichts anderes als öffentliche Spielbanken darstellen. Unter Hinweis auf die große Gefahr, die das Spielumwesen bedeutet, ersucht der Reichsminister in einem Mandatserlass an die Regierungspräsidenten und sämtliche Oberpolizeibehörden, der Bekämpfung des Glücksspiels besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Den Inhabern wirklicher Glücksspielstätten ist die Fortsetzung ihres Betriebes im Wege der polizeilichen Verfügung unter Androhung der höchsten zulässigen Zwangsstrafen für den Fall der Zuwiderhandlung zu verbieten. Erforderlichenfalls sind die Betriebe zwangsweise zu schließen. Daneben verweist der Minister auf die Paragr. 284 ff. des Strafgesetzbuches. — Hinsichtlich des Unterschiedes zwischen einem Glücksspiel und einem Geschicklichkeitspiel führt der Erlass folgendes aus: Ein Glücksspiel liegt dann vor, wenn die Entscheidung über Gewinn und Verlust ausschließlich oder wesentlich vom Zufall abhängt. Für diese Feststellung ist der allgemeine Charakter des Spiels maßgebend, den es unter den Verhältnissen, unter denen es gespielt wird, besitzt und nach Ansicht des Veranstalters haben soll. Es kann daher ein Spiel, das sich, von Spielumwänden gespielt, als Geschicklichkeitspiel darstellt, zum Glücksspiel werden, wenn es Spielumwänden angeboten und von diesen gespielt wird. Entscheidend bleibt, ob das Publikum, dem das Spiel angeboten wird, in seinem überwiegenden Teil diejenige Geschicklichkeit besitzt, die notwendig ist, um die Gewinnansichten zu bestimmen oder wesentlich zu beeinflussen. Neben den Spielunternehmern im engeren Sinne wird das gewerbmäßige Glücksspiel in letzter Zeit vor allem durch die Ausstellung von Geldspielautomaten betrieben, die sich vor allem in Lokalen befinden, die von minderbemittelten Kreisen der Bevölkerung besucht werden. Auch hier handelt es sich in der Regel um Glücksspiele. Falls Zweifel bestehen, ob ein bestimmtes Spiel als Glücksspiel oder Geschicklichkeitspiel zu bewerten ist, ist eine Anstufung des Landesstrafpolizeiamts Berlin einzuholen.

Gegen das Borgumwesen. Die Handwerkskammer zu Stettin schreibt: Unter der allgemeinen Geldknappheit hat das Handwerk — wie bereits des öfteren betont wurde — besonders zu leiden, sodass es schwerlich in der Lage ist, die erforderliche Festigung seiner Existenz vorzunehmen. Die allgemeine Geldnot wird jedoch künstlich insofern noch verschärft, als das aus der Fortkriegszeit in böser Erinnerung stehende Borgumwesen der Verbraucher mehr und mehr einzureißen droht. Entweder werden Waren auf Abzahlung gekauft oder der Handwerker als unerschwinglicher Kreditgeber in Anspruch genommen, indem die Bezahlung gekaufter Waren ungebührlich lange hinausgezögert wird. Wenn schon vor dem Kriege viele Gründe gegen das Borgumwesen sprachen, umso mehr heute, in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Krise, Gewiss soll nicht verkannt werden, daß sich auch die Auftraggeber vielfach in wirtschaftlich schwieriger Lage befinden, oft aber scheint das unpünktliche Bezahlen der Rechnungen nur eine gewisse Lässigkeit zu sein. Im Interesse der Belebung des Geschäftsganges und damit der Wirtschaft überhaupt muß dringend davor gewarnt werden, die Unfälle des Borgens wieder einzureißen zu lassen, die vor allem dem erwerbsfähigen Mittelstand großen Schaden bringt und seine Kreditbedürftigkeit noch mehr steigert als es notwendig ist. Die Handwerkskammer zu Stettin hat im übrigen eine Einziehungsstelle eingerichtet, die den Meistern auf Wunsch die Einbringung ihrer Forderungen abnehmen soll.

Keine Volontäre im Handwerk. Die Handwerkskammer zu Stettin hat in letzter Zeit wiederum feststellen müssen, daß in Handwerksbetrieben, besonders in Schlossereien, Maschinenbauanstalten und in Elektromotorenbetrieben, aber auch in anderen Betrieben, junge Leute unter der Bezeichnung „Volontäre“ eingestellt werden, die sich die Kenntnisse und Fertigkeiten des betr. Handwerks aneignen wollen. Mit diesen wird ohne weiteres eine Lehrzeit von weniger als 3 Jahren vereinbart. Auch wird ihre Anmeldung bei der Innung oder Handwerkskammer nicht für notwendig gehalten. Die Kammer macht darauf aufmerksam, daß das Gesetz Volontäre im Handwerk nicht kennt. Wer ein Handwerk erlernt, ist Lehrling. Mit ihm muß eine Lehrzeit von mindestens 3 Jahren in einem schriftlich in dreifacher Ausfertigung abzuschließenden Lehrvertrag vereinbart werden. (Eine kürzere Lehrzeit kann in besonderen Ausnahmefällen erst nach Ablauf von mindestens 2 Jahren Lehrzeit bei der Handwerkskammer beantragt werden, ist also ohne Genehmigung der Handwerkskammer gar nicht möglich.) Auch hat die Anmeldung durch Einsendung eines Exemplars dieses Vertrages bei der Innung oder, sofern der Lehrling einer Innung nicht angehört, bei der Handwerkskammer zu erfolgen.

Aus dem Theaterbüro. Sonntag, den 27. März 7.30 Uhr „Der Rigeunerbaron“, Operette in drei Akten von J. Strauß. Montag, den 28. März, 8 Uhr, zum letzten Male (Vollbesetzung) „Zah ein Knab ein Nösklein fehn“, Operette aus Goethes Jugendzeit von Spangenberg. Preise von 30 Pfa. bis 1 Mark. Dienstag, den 29. März, 8 Uhr, Ehrenabend und 20-jähriges Bühnen-Jubiläum für Willibald Pisk „Das Konjert“, Lustspiel von H. Vahr.

Schmollin, 25. März. Lebensrettung. — Der Fischer August Kork aus Meiningen, welcher gestern auf dem Gardersee eine Kahnjähre Kraut von Rowe nach Garde besördern wollte, versank infolge des plötzlich einsetzenden scharfen Südostwindes mit seinem Kahn in der Mitte des Gardersees. Er hatte sich an einer Stange schon über eine halbe Stunde über Wasser gehalten und bis dahin vergeblich um Hilfe gerufen, als er durch den in der Nähe von Rowe auf seiner Revisionstour befindlichen Fischereiaufsicht Haspitz durch das Fernglas wahrgenommen wurde. Letzterer eilte mit seinem Motorboot zur Unfallstelle und konnte den bereits stark erschöpften Bergmann noch glücklich retten.

Lauenburg. Schwer verletzt wurde durch zwei Revolvergeschüsse der Schweinejäger Otto Säger aus Bergsen, Vater von acht Kindern. Die Schüsse wurden von einem Inspek-

tor bei einem Wortwechsel auf S. abgegeben. Ob Notwehr oder ein anderer Grund die Ursache ist, wird die gerichtliche Untersuchung ergeben. Der Verletzte wurde sofort ins hiesige Johanniter-Krankenhaus geschafft.

Jarmen. Schneller Tod. — Der 85jährige Arbeiter Biermann in Pölschow sank beim Wasserholen plötzlich um; ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Stargard. Zähne für einen Bahnlässenraub. Das Schöffengericht Stargard verurteilte die Einbrecher Braumüller zu zwei Jahren Zuchthaus und Wärfel zu sechs Monaten Gefängnis. Die beiden hatten in der Nacht zum 30. Dezember einen Einbruch in die Stationskasse in Bausin i. Pom. verübt. Da die Kasse sehr stabil war, konnten sie nichts stehlen.

Stettin. Kecher Victor Schuppe geflüchtet. — Victor Schuppe, der Inhaber der gleichnamigen Kecherei und der Automobilbetriebe Schuppe in Berlin-Friedenau, ist Donnerstagabend unter Zurücklassung von Verbindlichkeiten, die auf 1,5 Million Mark geschätzt werden, geflüchtet. Die zahlreichen Angestellten Schuppes, die schon seit einiger Zeit kein Geld mehr erhalten haben, erwirkten einen Sicherheitsarrest, konnten aber lediglich Büromöbel pfänden lassen. Mit einer Summe von 35.000 Mark, die er einem Verwalter für seine Garagengebäude als Kaution abgenommen hatte, ist Schuppe flüchtig geworden. — Victor Schuppe, der sich eigener Kraft zum Kecher emporgearbeitet hatte, war bekanntlich Inhaber der gleichnamigen Kecherei mit dem Sitz in Stettin und Berlin. Sein schöner Passagierdampfer „Peer Gunt“, mit dem er unter starker Teilnahme Bergungsreisen ausführte, ist bekanntlich von Stettin aus im Sommer 1924 seine erste Reise angetreten. Vor über Jahresfrist ging das Schiff dann in den Besitz einer italienischen Kecherei über.

Schwedt a. d. D. Schulstreik. — Hier hat ein Schulstreik eingesetzt. Die Stadtverordneten hatten vor einer Woche beschlossen, das Gymnasium in die Räume der Mädchen Volksschule zu verlegen, weil die jetzigen Räume des Gymnasiums für den Schulbetrieb nicht ausreichen. Da das Gebäude der Volksschule aber neuzeitlich und besser ist als die jetzigen Gymnasiumsräume, so sind die Eltern der Volksschülerinnen mit diesem Tausch nicht einverstanden, weil sie für die Gesundheit ihrer Kinder fürchten. Um ihrem Protest mehr Nachdruck zu verleihen, sind die Kinder auf Befehl ihrer Eltern in den Schulstreik getreten. Der Schulbetrieb ruht vollständig. Etwa 150 Kinder sind von dem Streik betroffen. Der Minister ist durch ein Telegramm von dem Streik benachrichtigt worden. Der Streik soll vorläufig einen Tag dauern, wenn nötig, aber länger.

Wie wird das Wetter?

Bericht der Deutschen Seewarte.

Das atlantische Tief ist nach Irland und der Britischen See vorgebrochen und ruft über dem Narmekanal heftige Stürme hervor. Seine Nebengebirde haben auch unser Gebiet und der nördlichen Ostsee unruhige Witterung gebracht. Es zeigt zwar jetzt die Tendenz, sich aufzufüllen, doch wird in seinem Kern immer noch der tiefe Luftdruckwert von 727 Millimeter gemessen, sodass wir vorerst noch mit anhaltender, unruhiger und veränderlicher Witterung rechnen müssen.

Wetter-Vorhersage. Zeitweise stark aufziehende, nach Südwest drehende Winde, wolfig, Niederschläge, Temperatur in Vorposten wenig verändert, Spannungserwärmung.

Standesamt.

Sterbefälle vom 19. bis 25. März.

Witwe Karoline Krause geb. Hildebrandt, 84 J. alt; Arbeiter Bernhard Wessendorf aus Barm. 49 J. alt; Rul Holzhiuter, Sohn der Wittin Elisabeth Holzhiuter, 9 Tage alt; Hildebrandt Hedder, Tochter des Arbeiters Fritz Hedder, 1 J. alt; Arbeiter Richard Hische aus Rathsdamm, 36 J. alt; Rentenempfänger Hermann Waal, 73 J. alt; Witwe Amalie Mielke geb. Sielaff, 72 J. alt; Rentenempfänger Hermann Lublow, 73 J. alt; Gertraud Warichow, Tochter des Schweizers Heinrich Warichow, 1 Monat alt; Lehrer i. R. Julius Beyer, 77 J. alt; Witwe Justine Hildebrandt geb. Stibbe, 90 J. alt.

Schöffengericht.

Wegen Konkursvergehens wurde der Kaufmann W. P. aus Stolp zu 7 Monaten Gefängnis, sein Vater H. P. wegen Beihilfe zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten haben erhebliche Warenbestände zum Schaden der Gläubiger ihrer Konkursmasse entzogen und beiseite geschafft.

Wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt wurde der Hilfspolizeibeamte August B. aus Rügenwalde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in angetrunkenem Zustande einen harmlosen Rügenwalder Bürger festgenommen und nach der Polizeiwache gebracht, wo er den Festgenommenen in eine Zelle sperren wollte. Daran wurde er indes von anderen Polizeibeamten gehindert.

Letzte Meldungen.

Keine Verminderung der Besatzung.

Paris, 25. März. Das „Echo“ meldet: Der alliierte Militärat in Versailles hat am Donnerstag beschlossen, für April die Truppenstärke im besetzten Gebiet wieder unbedändert zu lassen.

Der polnische Sejm aufgelöst. Warschau, 25. März. Heute Abend wurde unerwartet eine dringende Sejm-Sitzung einberufen. Trotz des gestern gefassten Beschlusses, den Sejm am Dienstag zu schließen, wurde heute ein Dekret, das die Schließung des Sejm anordnet, in aller Eile ausgearbeitet und vom Staatspräsidenten unterzeichnet. Das Dekret ist nun kurz vor 9 Uhr abends im Sejm verlesen worden, der somit von nun an geschlossen ist. Die Sitzung dauert jedoch augenblicklich noch an. Was damit bezweckt wird, ist im Augenblick nicht festzustellen. Auf jeden Fall herrscht unter den Abgeordneten eine große Bestürzung. 2000 Tote in Hankow.

London, 25. März. Wie aus Schanghai gemeldet wird, hat der Befinger amerikanische Gesandte den Abtransport aller Amerikaner aus dem chinesischen Kampfgebiet angeordnet. Die Befehle von Hankow soll 2000 Opfer an Toten und Verwundeten gefordert haben. Nach Befinger Meldungen ist ein Unterhändler der Nordregierung auf dem Wege zum Hauptquartier der Kontrouben, um über einen baldigen Waffenstillstand zu verhandeln.

Konjunkturverschlechterung. Berlin, 25. März. Die Verschlechterung der Absatzlage im Ruhrrevier findet seine Fortsetzung in dem Rückgang der Beschäftigung in der westdeutschen Maschinenindustrie, besonders durch das Wegbleiben holländischer Aufträge. Die be-

absichtigte Neueinstellung von etwa 1000 Arbeitskräften in der rheinischen Maschinenindustrie unterbleibt zunächst am 1. April. Auch in der Textil- und Seidenindustrie sind Arbeitskündigungen zum 1. April verfügt, Entlassungen aber noch nicht ausgesprochen worden.

140 Zentner Tabak vernichtet.

Darmstadt, 25. März. Eine Darmstädter Firma hatte die Annahme von 140 Zentner brasilianischen Tabak wegen der Höhe des Zolls verweigert. Darauf ordnete das Reichsfinanzministerium an, den Tabak zu verbrennen. Dieser wollte aber nicht brennen, worauf die 140 Zentner Tabak heute unter behördlicher Aufsicht in den Teich an der Ziegelhütte verjett wurden.

Handelsnachrichten.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Mehlwaren per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 266-269 (am 24. J.: 266-269). Roggen Märk. 245-250 (245-249). Sommergerste 214-242 (214-242). Inländische Futtergerste — (—). Wintergerste 192-205 (192-205). Hafer Märk. 199-207 (198-206). — (—). — (—). Mais loco Berlin 178-181 (178-180). Weizenmehl 34,25-38,56 (34,25-36,50). Roggenmehl 33,00-35,00 (32,75-34,75). Weizenkleie 15,25 (15,25). Roggenkleie 15,00 (15,00). Raps — (—). Leinsaat — (—). Viktoriaerbsen 42-59 (42-59). Kleine Spelteeerbsen 30-32 (30-32). Futtererbsen 22-23 (22-23). Pelusiden 20,22 (20-22). Ackerbohnen 20-22 (20-22). Wicken 22,00-24,00 (22,00-24,00). Lupinen blaue 13,50-14,50 (13,50-14,50). gelbe 15,00-16,00 (15,00-16,00). Seradella 21,80-24,00 (21,50-24,00). Rapskuchen 15,50-15,70 (15,50-15,70). Erbsenkuchen 20,00-20,20 (20,00-20,20). Trockenschrot 11,90-12,20 (11,90-12,20). Sojabrot 18,90-19,40 (18,90-19,40). Tortmelasse — (—). Kartoffelkuchen 30,00-30,50 (30,00 bis 30,50).

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin C. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 2. März. 1. Qualität 1,70, 2. Qualität 1,59, 3. Qualität 1,45. Tendenz: stetig.

Vollmilchpreise: Der Erzeugerpreis für Berlin beträgt 17 Pfa. je Liter. Der Kleinverkaufspreis beträgt für Berlin 28 Pfa. für Stettin zurzeit 26 Pfa.

Berliner Frühmarktnotierungen vom 25. März. Weizen: März 287, Mai 282, Juli 280. Tendenz: still. Roggen: Mai 254,5, Juli 247. Tendenz: fester. Hafer, gut 226-234, mittel 217-225, Wintergerste, gut 225-235, Gerste, gut 244-260, Futterweizen 275-285, gelber Platamais 180-184, kleiner Mais 188-193, Ackerbohnen 280-285, Laubenerbsen 335-345, Wicken 285-290, Roggenkleie 159-162, Weizenkleie 159-162. Tendenz: ruhig.

Stettiner Getreidenotierungen vom 25. März. Für 1000 Kilo: Roggen, inf. 251, Weizen, inf. 268-275, Hafer 200 bis 206, Sommergerste 228-242, feine über Notiz, Futtergerste 211-220.

Stettiner Kartoffelnotierungen vom 25. März. Weiße 3,30-3,50, rote 3,50-3,70, gelbfleischige 4,30-4,50, Industrie 4,80-5,10.

**Wohnhäuser
Ställe und Wirtschaftsgebäude
Feldscheunen
freitragende Hallendächer**

alle Maurer-, Beton- und Zimmerarbeiten führt sachgemäß und billigst aus

Franz Karsten, Zimmermeister
Fernruf 134. Stolp i. Pom. Chauffeestr. 1/2.



Der Gehalt
an reinem Traubenzucker macht diesen Wein zu einem vorzüglichen **Stärkungs-Getränk** für Kranke und Genesende. Preis per Flasche Mk 2,10, 1,50, 1,20

Franz Hackbarth
Weingroßhandlung

Kirchplatz 12 Stolp Fernspr. 405.

Die schöne Frühjahrskleidung



Durch Selbstanfertigung in eigenen Berliner Werkstätten und Ausschaltung jeglichen Zwischenhandels, ist es mir möglich, zu nachstehend aufgeführten Preisen zu verkaufen

Kasha-Mäntel 18.-
die große Mode
44.- 22.-

Rips-Mäntel 20.-
in den neuesten Farben und Formen . . 35.-25.-

Rips-Mäntel 35.-
in Crépe de chine u. Kunstseide gefüttert 60.- 42.-

Mantel aus Herrenstoff 58.-
mit Stoff-Futter, prima Verarbeitung . 76.- 68.-

Seid.-Mäntel 30.-
45.- 35.-

Schwarze Rips- u. Tuchmäntel 28.-
in allen Grössen u. Weiten
45.- 35.-

Schriftliche und telephonische Bestellungen erledigt meine Versandabteilung sorgfältigst!

Sportkostüm aus Donegal 16.⁵⁰
und schottlandartigen Stoffen, Jacke gef. 36.- 22.-

Kostüm aus Herrenstoff 48.-
Jacke gefüllt, modernste Façon, imprägniert 65.- 56.-

Kostüm aus Rips 36.-
reine Wolle, in marine u. allen mod. Farben 62.- 48.-

Damenkleid 16.⁵⁰
reinwollener Popeline, fesche Form . . . 24.- 18.-

Damenkleid aus Rips 28.-
hochmoderne Formen 42.- 38.-

Eleg. Nachmittagskleid 37.-
Veloutine u. Crépe de chine, mit langem Arm 53.- 47.-

Gustav Zeeck
Stolp
Telephon 124, 125, 126

Ämtliche Bekanntmachungen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung am Mittwoch, den 30. März 1927, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Tagesordnung: Öffentliche Sitzung.

Einführung eines Stadtverordneten.

1. Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927.
2. Wahl eines Armenpflegers.
3. Wahl einer Gemeindegewerkschaftsleiterin.
4. Einrichtung einer Studienratsstelle.
5. Herstellung elektrischer Anlagen im Gymnasium.
6. Ersatzwahl für den Handelschulenausschuss.
7. Nachbewilligung bei der Wohlfahrtsverwaltung.
8. Nachbewilligungen laut Nachweisung.
9. Uebernahme von Mitteln auf das Jahr 1927.
10. Desgleichen.
11. Dünenaufforstung in Stolpmünde.

Nichtöffentliche Sitzung.

1. Abstellung eines Beamten.
2. Grundstücksankäufe.
3. Glandetausch und Ueberlassung eines Bauplatzes.
4. Annahme eines Darlehens.

Sollte die Tagesordnung am Mittwoch, den 30. März nicht zur Erledigung kommen, findet am Donnerstag, den 31. März nachmittags 4 1/2 Uhr eine neue Sitzung mit der gleichen Tagesordnung statt.

Stolp, den 25. März 1927
Der Stadtverordneten-Vorsitzer
Dr. Schmidt.

Betrifft: Dienststunden während der Sommermonate.

Vom 1. April bis 30. September 1927 wird für die städtischen Beamten und Angestellten die Sommerdienstzeit eingeführt. Dienststunden sind täglich von 7-1 Uhr und außerdem Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 3-6 Uhr. Mittwoch und Sonnabend nachmittags sind die Büros und Kassen geschlossen. Abfertigung des Publikums findet nur am Vormittag statt.

Stolp, den 23. März 1927.

Der Magistrat.



Maurer-Quaste

sowie sämtliche Sorten

Pinself und Bürstenwaren

empfiehlt billigst

Karl Zach Nachf.

Inh. Hermann Wille
Bürsten- und Pinselfabrik. Stolp i. Pom., Langestraße 7
Telephon 1144.

Angelgeräte

besonders

- Dimerid-Goldhaken
- Italien-Angelhaken
- Noris-Fliegen
- Springer-Schnüre
- Saturn-Vorfächer
- Angelrutten

kauft der Sportangler gut und preiswert bei

Franz Albrecht

Markt 4

Fernsprecher 167.



Willst Du eine gute Uhr geh zu

Hermann Peine

nur Holstentorstrasse 23.

Freie Bahn der Siedlung!

Es ist eine seltsame Lage: Es gibt keine ernstlichen Gegner der Siedlung in Deutschland und trotzdem geht es mit der Siedlung nicht vorwärts. Wir haben eine viel weitreichendere Siedlungsgesetzgebung als vor dem Kriege, wir haben einen nicht mehr einzudämmenden Andrang von Siedlungsbewerbern, wir haben die Siedlungserfahrungen und die Organisationen, wir haben eine geschlossene öffentliche Meinung für die Siedlung — und trotz alledem geht die Siedlungsbewegung bei uns nicht voran. Um ihr einen kräftigen Anstoß zu geben, haben sich fast alle in Betracht kommenden, maßgebenden Verbände der Landwirtschaft und ferner der Reichsverband der deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelsrat zusammengesetzt zu einer energischen Siedlungsbewegung für die landwirtschaftliche Siedlung. Diese Kundgebung lautet:

Im Jahre 1926 hat das Reich namhafte Beträge für die ländliche Siedlung bereitgestellt, Preußen hat sich dem angeschlossen. Dieser Schritt wird in allen Kreisen des deutschen Volkes lebhaft begrüßt. Sind doch — in der Voraussetzung, daß Siedlung Eigentum bedeutet und daß bei der Durchführung des Siedlungswerkes der Rechtsgrundlag des Eigentums voll gewahrt bleibt — an einem umfassenden ländlichen Siedlungswerk Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, Städte und Landgemeinden in gleicher Weise interessiert.

Die Landwirtschaft braucht für ihren Bevölkerungszuwachs neuen und ausreichenden Lebensraum. Auch die in den Landgemeinden und Landreisen zusammengefaßte Selbstverwaltung kann nur bestehen, wenn der ländliche Nachwuchs dem Lande möglichst erhalten bleibt.

Die Industrie erstrebt angesichts der geschmäleren Ausfuhrmöglichkeiten durch Vermehrung der bäuerlichen Stellen eine Stärkung der Aufnahmefähigkeit des landwirtschaftlichen Marktes für ihre Erzeugnisse.

Handel und Gewerbe, insbesondere in den mittleren und kleineren Städten, werden durch die in ihrem Umkreis neu entstehenden Bauerngemeinden erfahrungsgemäß stark belebt.

Die Städte, ebenso wie die großen Landgemeinden in den Industriegebieten, können ihrer Wohnungsnot und Erwerbslosigkeit und der damit zusammenhängenden Folgeerscheinungen nicht Herr werden, wenn mit deren Bekämpfung nicht zugleich die Quelle des Übels — die übermäßige ländliche Bevölkerung — durch eine starke ländliche Ansiedlung verstopft wird.

Wenn trotzdem eine großzügige ländliche Siedlung bisher nicht in Fluß gekommen ist, so liegt der Grund darin, daß wesentliche sachliche Voraussetzungen für eine umfangreiche Siedlung auch jetzt noch nicht erfüllt sind.

Forderungen.

Die genannten Organisationen fordern deshalb:

1. Wiederherstellung einer ausreichenden Rentabilität der Landwirtschaft als der sinnigsten Vorbedingung für die Gründung lebensfähiger neuer Bauernstellen.

2. Zusammenwirken aller öffentlichen Faktoren zur Förderung der Siedlung nur nach sachlichen Gesichtspunkten.

3. Verwendung nur leistungsfähiger, sachkundiger und genügender Sicherheit bietender Siedlungssträger für die praktische Durchführung des Siedlungswerkes. Die Möglichkeit der Selbstsiedlung durch den Grundbesitzer muß daneben gegeben sein.

4. Ausschaltung aller bürokratischen Eingriffe in die Siedlungstätigkeit. Die wirtschaftliche Selbständigkeit und Beweglichkeit der Siedlungssträger muß vielmehr zur Sicherung eines wirklich wirtschaftlichen, billigen und schnellen Verfahrens unangefastet bleiben.

5. Neben einem ausreichenden Zwischenkredit für den Siedlungssträger, welcher den einzelnen öffentlichen Darlehnskredit für den einzelnen Ansiedler als unerlässliche Voraussetzung für eine umfangreiche Neusiedlung.

Die öffentlichen und Dauerkreditmittel sind nach gezielte festgelegten Maßstäben zu gewähren und von der Kreditgebenden Stelle auf Grund des Gutachtens der Landeskulturbehörde ohne Einschaltung weiterer Behörden, entsprechend dem Verfahren der Vorkriegszeit, unmittelbar zu bewilligen. Nur dann ist es dem Siedlungssträger wieder möglich, planmäßig auf Jahre hinaus sichere Maßnahmen zu treffen.

Eine schnelle Regelung des Siedlungsverfahrens nach diesen Vorschriften ist notwendig, wenn nicht auch noch das Jahr 1927, gleich den Vorjahren, für den Beginn einer großzügigen ländlichen Siedlung verlorengehen soll.

Etwa gleichzeitig mit dieser Kundgebung hat der Preussische Landwirtschaftsminister einen Erlaß ergehen lassen, der sich mit der Förderung der Siedlung durch den Ausbau der

Wirtschaftsberatung für die Ansiedler beschäftigt. Es heißt darin nach dem Amtlichen Preuß. Pressedienst:

„Die öffentlichen Maßnahmen zur Förderung der bäuerlichen Siedlung können nicht mit der Ansetzung der Siedler als beendet angesehen werden, sie müssen vielmehr ihre Ergänzung in einer planmäßigen Fürsorge auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und technischen Beratung finden. Hierdurch soll den Siedlern über die ersten Schwierigkeiten hinweggeholfen, etwaigen durch unzumutbare Betriebsweise verursachten wirtschaftlichen Verlusten vorgebeugt und für das Gelingen des Betriebes eine gesunde Grundlage im allgemeinen volkswirtschaftlichen und staatlichen Interesse gelegt werden. Die Wirtschaftsberatung der Neusiedler vollzieht sich in den Händen von örtlich vertrauten und erfahrenen Persönlichkeiten nach den gleichen Grundsätzen wie bei den Altbauern. Die geeigneten Kräfte dürfen die Lehrkräfte an den landwirtschaftlichen Schulen sein, da Son-

derorganisationen mit die unerwünschte Folge hätten, daß die neuen Siedler sich den Verhältnissen ihrer Umgebung schwerer anpassen und mit Land und Leuten weniger rasch vermischt.

Soll in der verstärkten Fürsorge nach allen Richtungen hin nichts versäumt werden, so setzt dies eine umfassende und stark individualisierende Beratung voraus, besonders, da viele Siedler, mit der neuen Gegend unbekannt, nur zu leicht zunächst ungeeignete Wirtschaftsmethoden anwenden, die viel Lehrgeld erfordern. Ferner ist die Ueberwindung eines gewissen Mißtrauens erforderlich, das mitunter dem neuen Nachbarn von der alteingesessenen Landbevölkerung entgegengebracht wird. Den Landwirtschaftskammern fällt in dieser Fürsorge eine Aufgabe von großer Bedeutung zu, der sie nach dem Wunsch des Ministers in Zukunft ihre fortgesetzte Aufmerksamkeit zu widmen haben. Wo aus eine planmäßige Heranziehung der Landlehrer als Hilfskräfte der Wirtschaftsberatung auf Teilgebieten noch nicht gerechnet werden kann, sollen alsbald ländliche Fortbildungsschulen gegründet werden, für deren Lehrer ein beruflich- und wirtschaftsständlicher Lehrgang eingerichtet wird, aus dem sich die Nutzbarmachung der Schullehrer als Hilfskräfte der Wirtschaftsberatung entwickeln wird.“

Die hier am Schluß angedeuteten Absichten des Ministeriums werden noch sorgfältiger Erwägungen bedürfen. Auch der Landlehrer wird umso weniger leisten können, je mehr und je vielseitigere Aufgaben man ihm aufpackt. Es wird viel von der Auswahl der Persönlichkeiten abhängen und von dem Umfang des Hilfsdienstes, den man ihnen überträgt. Wirtschaftsberatung ohne praktische Erfahrungen ist ein Unding. Erst wer einen großen Befähigungsnachweis in der Praxis erbracht hat, ist berechtigt, andere in ihrer Wirtschaftsführung zu unterstützen. Für die Beratung in der Züchterei, der Geflügel- und Kaninchenzucht wird man sehr geeignete Kräfte in der Landbevölkerung finden können, für die eigentlich landwirtschaftlichen Betriebszweige ist das jedoch zweifelhaft. Man muß sich hüten, durch Ueber-eifer schließlich dem Dilettantismus den Weg zu bereiten.

Landwirte in die Verwaltung!

Seit Jahren wird darüber geklagt, daß zuviele Juristen in der Verwaltung sitzen; man hat sogar von einem Juristenmonopol gesprochen. Dement-sprechend erlitt der Ruf: Mehr Sachleute in die Verwaltung! Heftige Meinungskämpfe hierüber sind vor allem in der Verkehrsverwaltung ausgefochten worden. Es soll auch Zeiten gegeben haben, wo im Reichs-ernährungsministerium nicht mehr als drei Landwirte in den höchsten Stellen gesessen haben! In der neueren Zeit scheint sich nun ein Wandel zur stärkeren Heranziehung von Sachleuten zu zeigen.

Einen wichtigen Schritt in dieser Richtung hat jetzt der preussische Landwirtschaftsminister getan. Er teilte im Landtag mit, daß gegenwärtig in der Besetzung der Posten der Kulturratsvorsitzer auf vier Juristen nur ein Landwirt komme. Er habe jedoch angedeutet, daß künftig ebensoviele Landwirte wie Juristen in diesen Stellen sitzen sollten. Dabei werde er sich allerdings eine Anweisung dahingehend vorbehalten, daß die akademisch gebildeten Landwirte nach dem Staatsexamen ihre juristischen Kenntnisse noch zu vertiefen und zum Abschluß ein besonderes Examen abzulegen haben, ähnlich demjenigen der Tierzucht- und der Saatzucht-Inspektoren. Damit bieten sich den Diplomlandwirten, die jetzt unter einem starken Ueberangebot von Kräften leiden, neue Berufsaussichten, wenn auch vorerst nur in beschränktem Umfang.

Bauchfehler der Pferde.

Da der Bauch die Verdauungsorgane des Tieres umschließt, läßt seine Form Schlüsse auf die Verdauungsleistungen ziehen. Der Bau des Bauches hängt ab von der Form des Rumpfes und der Rippen und



von der Festigkeit der Gewebe. Ist der Rücken schön grade, die Lende nicht zu lang, sind die Rippen schön tonnenförmig gewölbt und schieben sie sich weit gegen die Hüfte zu vor, so wird sich auch eine gute Bauchform entwickeln. Bei senkigem Rücken, langer Lende und flachen Rippen tritt leicht der aufgezogene, oder Hängebauch oder Kuhbauch. Das Bauchgewebe ist zu schlaff, so daß eine Auswölbung eintritt. Diese



Ausbauchung kann auch erst durch die Haltung bewirkt werden, indem zu voluminös gefüttert wird. Beide Fehler deuten auf schlechte Verdauung und schwache Konstitution.

Ausbildung von Motorflugführern.

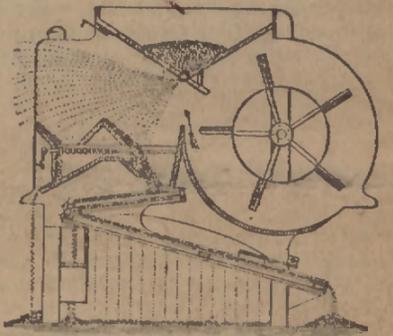
Das Interesse für und die Verwendung von Motorpflügen wächst ständig unter den deutschen Landwirten. Der fortschrittliche Landwirt will die Vorteile der mechanischen Zugkräfte nicht mehr entbehren. Das Reichsarbeitsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und andere Organisationen haben den Bezug erleichtert. Eine Schwierigkeit für die weitere Ausbreitung der mechanischen Zugkräfte entsteht durch den Mangel an geschulten und sachkundigen Motorflugführern. Unter ihnen gibt es schon heute eine ganze Reihe von Leuten, die nicht imstande sind, die Maschinen in gutem Zustand zu erhalten und sie wirtschaftlich auszunutzen.

Um diesem Mangel abzuhelfen, ist mit Unterstützung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft eine Schule zur Ausbildung von Motorflugführern in Zeesen bei Königsmusterhausen gegründet worden. Hier sollen Kurie für motorische Bodenbearbeitungsgeräte abgehalten werden. Später sollen nach Bedarf Zweigschulen in den verschiedensten Provinzen folgen. Nach Möglichkeit sollen alle Maschinen, deren Fabrikation heute noch läuft, auf der Schule behandelt werden, damit nicht ein System bevorzugt wird. Dadurch wird den dort ausgebildeten Motorflugführern auch das Unterrichten erleichtert. In Ergänzung dieser Ausbildung können dort auch die Führerschein für Kraftfahrzeuge aller Klassen erworben werden.

Man kann hoffen, daß durch diese Gründung der Zugang zu einem neuen Beruf erleichtert wird. Die neue Schule wird ähnlichen Anstalten der Vergangenheit, die sich zum Teil nicht halten konnten, an innerer Festigung und an Umfang der Ausbildungsmöglichkeiten überlegen sein. Einzelheiten sind von der Deutscher Kraft, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserplatz 9 zu erfragen.

Windsege.

Im Morgenland wird noch heute das Getreide von der Syren so geschieden, wie es in der Bibel geschrieben ist, nämlich durch Worfeln gegen den Wind. Auch wir benutzen den Wind noch dazu in der Windsege, auch Pflanzmühle genannt. In einer Trommel wird durch Drehen eines Flügelrades ein Windstrom erzeugt, der das aus dem Trichter herabrieselnde



Getreide auseinanderbläst. Die leichtesten Teile, die Syren, werden am weitesten fortgetragen und verlassen die Maschine mitant dem Staub. Die Körner, Unkrautsamen, Steinchen und andere Verunreinigungen werden nach Gewicht und Größe sortiert, indem man sie durch das Dach trennt und den Getreidestrom durch Siebe mit verschiedenen Lochungen weiter sortieren läßt.

Das so gepulverte Getreide genügt im allgemeinen als Handelsware. Saataut dagegen muß durch den Trieur oder durch Plansichter gehen, sonst wird es nicht rein genug. Durch reines Saataut vermindert man die Arbeit der Unkrautbekämpfung und stellt die Ernten sicher. Denn: Sät einer Syren, ist's mit der Kornerut schon vorbei!

Vom Kartoffelmarkt.

Im Laufe des Februar haben sich die Kartoffelpreise besetzt. Vor allem war die Nachfrage nach gelbblättrigen Sorten stark. Das Interesse wandte sich vorwiegend den Saatkartoffeln zu. In manchen Gegenden haben die Erzeuger selbst Saatkartoffeln zu verkaufen müssen, obwohl im allgemeinen die Neigung nach dem im Kartoffelbau so wichtigen Saatautwechsel etwas eingeschränkt worden ist. An anerkannten Saatkartoffeln scheint — im Gegensatz zum vorigen Jahre — das Angebot für die vor-handene Nachfrage nicht auszureichen. Es bleibt allerdings abzuwarten, wieviel anerkannte Kartoffeln noch nachträglich herauskommen werden. Das Speisekartoffelgeschäft war noch vernachlässigt und litt unter der Konkurrenz von Polen und Holland.

Kaliabsatz im Februar.

Im Februar 1927 ist der Absatz des Deutschen Kalisyndikats mit 1 828 375 Doppelzentner Rheinkali zwar um rund 27 000 Doppelzentner hinter dem Februar 1926 zurückgeblieben; vergleicht man jedoch die beiden ersten Monate des laufenden Jahres mit denen des Vorjahres, so ergibt sich eine außerordentlich große Steigerung des Kaliabsetzes im laufenden Jahre. Daraus ist wohl nicht mit Unrecht auf eine Steigerung der Kaufkraft der Landwirtschaft geschlossen worden. Das ist umso bemerkenswerter, als die Kalipreise unlängst erhöht worden sind.

Werkzeuge.

Getreide soll die erste Stickstoffkopfdüngung im Februar erhalten, denn das Wachstum beginnt viel früher, als man gemeinhin annimmt und gute Jugendernährung ist nicht nur in der Viehzucht der Schlüssel zum Erfolg.

